

Aktuelle Debatte:

EU-Krisenpolitik:

Schritt zur Neuorientierung oder kurzfristige
Aufweichung des neoliberalen Rahmens?

Editorial

Hat die EU aus der Kritik am Krisenmanagement in der Eurokrise von 2008/2009 gelernt? Im Zentrum des Krisenmanagements von 2008/2009 stand die Austeritätspolitik gekoppelt an eine expansive Geldpolitik, die nicht nur mit Hilfe von unkonventionellen Neuerungen bei bestehenden geldpolitischen Instrumenten, sondern auch durch grundsätzliche Erweiterungen, wie im Rahmen des Asset Purchase Programms der EZB der Geldpolitik einen neuen Spielraum einräumen sollte. Die Diskussion um den Umgang mit hochverschuldeten Staaten, prägten den Diskurs, wie beispielsweise auch in der aktuellen Debatte: *Staatsbankrott – Alternativen zu Austeritätspolitik und Weg aus der Euro Krise?* im *Kurswechsel-Heft 3/2011* aufgegriffen wurde.

Wie *Björn Hacker* aufzeigt, erinnern einige der derzeitigen Vorschläge und Maßnahmen an das Krisenmanagement der Eurokrise, wie etwa die Ausweitung des Asset Purchase Program um die Einführung eines Pandemie-Notfallankaufprogramms oder die Diskussion um die Einführung von Eurobonds zur Erleichterung des Schuldenmanagements. Doch es zeigen sich auch grundlegende Änderungen, wie die Positionen der Nationalstaaten bei der Durchsetzung eines neoliberalen Credo und Risse im europäischen Diskurs um den Vorrang dem freien Markt. Während *Björn Hacker* vor diesem Hintergrund die Position Deutschlands deutlich macht und die Optionen einer breiten Reformpolitik zur Stärkung der europäischen Fiskalpolitik verortet, zeigen sich für *Lukas Oberndorfer* nur geringe Optionen für einen Bruch mit dem neoliberalen Paradigma. Dabei verdeutlicht er, dass getroffene Maßnahmen Zugeständnisse zu sozialen und ökologischen Forderungen machen, aber keinen grundlegenden Richtungswechsel einschlagen. Asymmetrische wirtschaftlichen und soziale Entwicklungen in den europäischen Staaten, die durch die neoliberale Wirtschaftspolitik evident und durch das Krisenmanagement in der Eurokrise verstärkt wurden, werden abgefedert, aber einen Gegenentwurf zur bestehenden kapitalistischen Ordnung in Europa sieht *Lukas Oberndorfer* nicht.

Elisabeth Springler